

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Bürogebäude: Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Presse.

Schriftleitung und Haupigungsstelle:
Martenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Kennz. 10 395 Leipzig.

Wiedruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nach.“) gestattet. — Unterjährige Schriften werden nicht aufbewahrt.

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Siedenschränke
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Liliengasse, Ecke Röhrhofgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

KIOS
CIGARETTEN

Residenz-Büfett
Konditorei - Kaffee
Konzert nachm. u. abends
7 Seestraße. -- Seestraße 7.

Kaffee Kasino
Stimmungs-Konzerte
im „TRIANON“
VORTRAGS-KÜNSTLER

Berlin unter den Wirkungen des Generalstreikes.

Die Lage in Berlin am Dienstag.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Die Nachtstunden sind in Berlin im allgemeinen ruhiger verlaufen, als es gestern abend den Anschein hatte. Da die Zeitungen nicht erscheinen konnten und auch sonst auf anderem Wege der Daseinslichkeit feinerster Nachrichten über die Lage zugänglich gemacht wurden, schwirrten die tollsten Gerüchte durch die Stadt. So kam es, daß der ständige Wechsel der Truppen, der an einigen Stellen vorgenommen wurde, zu Abschreitungen gegen die Soldaten führte. Die Sicherheitspolizei hatte bis nachts gegen 1 Uhr schwere Arbeit. Auf den großen Plätzen der Stadt hielten sich Tausende angesammelt, die trotz der tiefen Dunkelheit, die über der Stadt lag, unentwegt auf neue Ereignisse warteten. Da kleinere Streifen vielfach überfallen wurden, wurden schließlich Kompanien zur Überwachung der Straßen entsandt. Auf den Plätzen der Sicherheitspolizei waren Scheinwerfer angebracht, die bis zu 400 Meter weit leuchteten und so die Arbeit der Polizei wesentlich erleichterten. Es ist schützlich, daß die Sicherheitspolizei, ohne doch ein Schuß gefallen wäre, in höllischer, aber sehr bestimmter Weise ihrer Aufgabe nachkam und die Ansammlungen schließlich auflöste.

Am Laufe des Montags sind etwa 200 Personen verhaftet worden, die wegen Beleidigung oder wegen Überhand gegen die Staatsgewalt sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden. Bei den blutigen Zusammenstößen, die am Potsdamer Platz am Wilhelmplatz in Charlottenburg, an der Kaiser-Allee in Steglitz, am Halleschen Tor und in der Invalidenstraße stattfanden, wurden nach den bisherigen Meldungen 15 Personen getötet und 32 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Im Laufe der Nacht wurde auch der Tiergarten gefeuert, wo sich allerlei verdächtige Elemente angekämpft hatten. 40 Personen wurden festgestellt und diejenigen, die sich nicht legitimieren konnten, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Müller ist heute vormittag verhaftet worden.

Eine Zensur besteht nicht. Die höchsten Zeitungen dürfen erscheinen, aber sie können nicht erscheinen, weil das Personal kreift. Die Zeitungsgesellschaften sind militärisch besetzt.

Weitere Zusammenstöße.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Zu einem schweren Zusammenstoß bei dem es mehrere Tote gab, kam es in der Oranienstraße zwischen einer Patrouille und Passanten, die dort in größeren Gruppen zusammenstanden. Die Soldaten wurden nach mancherlei Schimpferufen schließlich eingeschlossen und gingen darauf freuer. Es wurden 8 Personen getötet und mehrere verletzt. Am Kottbusser Tor wurde durch Schüsse seitens einer Militärpatrouille ein Mann getötet, sowie eine Frau durch Wandschüsse schwer verletzt. Am Laufe des Montags führte eine Patrouille der Sicherheitspolizei einen Verhafteten in der Mariannenstraße vorüber. Tödlich sprang ein Büffel hinzu und verlor, den festgenommenen zu befreien. Es kam zu einem Ringen zwischen den Sicherheitspolizisten und den Angreifern, wobei der letztere mit der Schuss der entzündeten Handgranate, die der Beamte bei sich trug, in Berlinburg kam. Der Polizist warf die Handgranate sofort weg, die noch wenigen Augenblicke später explodierte. Durch die Explosion wurden etwa acht Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Der zur Beschießung der Reichsbakterei gehörende

Leutnant Barth wurde auf einem Dienstgang in der Nähe der Oranienstraße von einer Menge umringt, überwältigt und ins Wasser geworfen. Von dem Vorfall berichtete Soldaten eilten zu Hilfe und versuchten, die Menge zu zerstreuen. Als dies gütlich nicht gelang, wurden einige Schüsse abgefeuert, durch die drei Personen verwundet wurden. Der Offizier wurde von Schiffen und Booten der Ordnungspolizei mit großer Mühe gerettet. Doch war sein Zustand derart, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der drohende Lebensmittelknappheit.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Der Magistrat von Berlin-Kreisföhl hat beschlossen, die Ausgabe von Lebensmitteln an die Einwohner einzuführen. Das gleiche soll in anderen Gemeindeverwaltungen beschlossen werden.

Die Lage in Berlin, die bisher erträglich war, dürfte heute oder morgen äußerst kritisch werden, weil Berlin ohne Lebensmittel ist. Schon gehören nachmittag stürmten in allen Stadtteilen die Haustüren die Bäckereien. In der Kettwickerstraße und in anderen Straßen des Westens, sowie auch des Ostens kam es zu unbestimmten Prügeleien zwischen den laufenden Frauen. Die Lebensmittelläden sind fast völlig ausverkauft. Die exorbitant hohen Preise werden anstandslos gezahlt. Der Generalstreik geht weiter.

Das Eingreifen der Technischen Nothilfe.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Aufgrund des Streiks in dem Kraftwerk Golspieß-Nordowrie war es bisher noch nicht möglich, sämtliche Berliner Kraftwerke wieder in Betrieb zu setzen. Ammerthal gelang es der Technischen Nothilfe, das Motowerk am Südwirkt so weit in Betrieb zu setzen, daß der Güterbahnhof Moabit und das Birkenstockkrankenhaus mit Licht versorgt werden konnten. Die Technische Nothilfe hofft, im Laufe des Tages wieder sämtliche an das Werk angeschlossene Abnehmer mit Strom versorgen zu können, da die Maschinendefekte zum größten Teil beseitigt werden konnten. Das Kraftwerk in der Mauerstraße arbeitet nur mit einer Maschine vermag also nur den lebenswichtigsten Betrieben Strom abzugeben.

Die gestrigen Berichte über die Vorfälle in Berlin erweisen sich nach genaueren Feststellungen als außerordentlich übertrieben. Die Truppen, die von der Menge an manchen Stellen verhöhnt und bedrängt wurden, feuerten vielfach nur Schreckschüsse ab. Durch starke Schüsse wurde eine Person getötet, ein etwa 30 Jahre alter Techniker, während etwa fünf Personen verletzt wurden. Die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität wird zwar von der Technischen Nothilfe aufrechterhalten, aber unregelmäßig. Der Straßenbahn- und Kleinbahnverkehr ist vorläufig noch nicht im Gange. Auch die Postbezeichnung ruht teilweise, dürfte aber bald wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. (B. T. B.)

Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Wie wir erfahren, hat sich der Eisenbahnerstreik verschärft. Berlin soll bis auf weiteres von allem Verkehr abgeschlossen werden. Auch die Lebensmittelzusage sollen nicht nach Berlin kommen. Die Eisenbahner in der Provinz weigern sich irgendwelchen Dienst auf den nach Berlin führenden Straßen zu tun.

General Maercker abgelehnt.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert und Reichsminister Röhr haben heute die Absehung des Generals Maercker (Wehrkreiskommando 4) verfügt. Das Kommando ist dem General Müller übertragen worden. (B. T. B.)

Die Offiziere und Beamten des Reichswehr-Ministeriums arbeiten fort.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Die Offiziere und Beamten des Reichswehrministeriums haben nach ernsten Erwägungen sich dazu entschlossen, ihre Arbeiten im Ministerium weiterzuführen, da sie sich bewußt sind, daß eine Eindämmung dieser Arbeiten die ungünstigsten Folgen für die allgemeine Sicherheit haben würde.

Einwirkungen Hindenburgs.

Berlin, 16. März. Die "Dena" berichtet, Generalfeldmarschall v. Hindenburg habe an Rapp ein Telegramm des Inhalts gerichtet, er möge veranlassen, daß die Truppen Berlin räumen und daß die alte Verfassung angenommen wieder in Kraft gesetzt wird. Der Generalfeldmarschall teilte Rapp gleichzeitig mit, daß er den Reichspräsidenten Ebert telegraphisch von dieser Anwendung bei der Berliner Regierung verständigt habe. — Nach einer anderen Version soll Generalfeldmarschall v. Hindenburg das erwartete Telegramm nicht an Rapp, sondern an den sich angewandtlich in Magdeburg aufhaltenden General Groener gerichtet haben mit der Bitte, daß nach Berlin zu begeben, um dort auf Rapp einzutreffen, daß er sofort antritt.

Nach einer weiteren Meldung soll Hindenburg den Reichspräsidenten Ebert gebeten haben, seinen Einfluss im Kabinett dahin gelenkt zu machen, daß so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden.

Ein bürgerliches Kabinett in Bayern.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) München, 16. März. Die neue Regierungsbildung in Bayern ist vollzogen. Das neue Kabinett sieht sich zusammen wie folgt:

Ministerpräsident und Minister des Innern: Regierungspräsident v. Jahr; Finanzminister: Ministerialdirektor Matt; Justizminister: wie bisher Dr. Müller (Dem.); Handelsminister: wie bisher Ham (Dem.); Finanzminister: wie bisher Kosler; Fürsorge minister: Staatsrat Oswald; Landwirtschaftsminister: Genossenschaftsdirektor Wahnschütz (während der Nährrepublik Ernährungskommissar). Der Verkehrsminister ist noch nicht bestimmt; wahrscheinlich wird es der bisherige Verkehrsminister v. Braunholz bleiben.

Zwischen dem neuen Ministerpräsidenten und den Parteien wurde folgende Kündigung vereinbart:

Auf Grund einer Verordnung von heute wurde die gesetzliche Vollzugsgewalt durch die Ernennung eines Staatskommissars vom Oberkommandierenden des Reichswehrarmee-Kommandos der Volksverwaltung zugesagt. An der Reichs- und Volksverwaltung ist die Tätigkeit der Regierung oder des Landtags, sei es von rechts oder links, einzutreten, muß mit allen Mitteln entgegengesetzt werden. Die volle Koalitionstreite ist den Beamten, Arbeitern und Angestellten nach wie vor unbedingt zugesichert.

Unruhige Tage.

Am Montag ist es in Dresden zu Unruhen gekommen, die eine größere Anzahl von Opfern gefordert haben. Ebensoviel wie bei dem im Zusammenhang mit der November-Revolution erfolgten Angriff auf das Gebäude der sozialdemokratischen "Dresdner Volkszeitung", in dessen Verlauf Todesopfer zu beklagen waren, ebensoviel wie damals, als von einer fanatisierten Menge der sozialistischen Kriegsminister Neurath ermordet wurde, handelt es sich am Montag um revolutionäre Unruhen im wahren Sinn des Wortes. Wurden doch bei den tiefrüttigen Ereignissen, die sich auf dem Platzviele zusätzlichen haben, die wenigen, was eigentlich los war. Alle aber handeln und warten auf irgendwelche unerhörten Dinge, die geschehen sollten. Eine Menge in solcher Verfassung ist jedem noch so törichten Gerücht zugänglich, und darin allein lag die Gefahr. Deshalb muß die Frage aufgeworfen werden: War es nötig, solche Voraussetzungen zu schaffen? War überhaupt der Generalstreik nötig? An Sachen doch gewiß nicht! Die Aktionen waren überreift, entweder aus einer allzu großen Nervosität, hand andern auch im Widerstand mit der Kundgebung des Generals Maercker von Sonnabend, in der ausdrücklich gebeten wurde, das Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Zunahme irgendwelcher Art zu föhren. General Maercker stellte auch dar, daß der in der Presse erschienene Aufruf zum Generalstreik, unterschrieben Ebert, Röhr, Bauer, unrichtig sei. Später war doch mit dem Streik auch nichts zu erreichen, denn die Stellung der sozialistischen Regierung war in keiner Weise erschüttert. Wozu also die Aktion, die doch nur denen nützen konnte, die an Unruhen tatsächlich ein Interesse haben und dabei gewinnen zu können glaubten?

So liegen die Dinge, wenn man sie ausdrücklich unter dem Gesichtswinkel unserer täglichen Beobachtung betrachtet. Damit kann natürlich das letzte Wort über die allgemeine Lage überbaud noch nicht abgesprochen sein. Sie ist nur zu beurteilen im Zusammenhang mit dem Grabenatz-Prozeß und dem allzu langen Abwarten der Reichsregierung, daß eines so schwer belasteten Mannes, wie des früheren Reichsfinanzministers, zu entledigen. Es geht nicht an, daß in einer Regierung, die sich auf die breitenen Volksschichten stützt und ganz besonders den handarbeitenden Säcken, die dienen behauptet, ein Mann gehandelt wird, der Schadenfelder gemacht oder zu machen verucht hat. Noch weniger aber hätte man es für möglich halten sollen, daß eine Nationalversammlung, die auf eine demokratische Parole gewählt worden ist, schließlich an einer absolutistisch verfahrenen Körperherrschaft teilnehmen würde. Man soll sie nur darüber klar sein, daß auch in der Geschichte der Sab vom unzureichenden Grunde Geltung hat. Der Grund aber, daß Herr Kapp eben Herr Kapp und Generallandwirtschaftsdirektor und Herr v. Rüttel General ist, hätte niemals ausreicht, um den Beweis zu führen, vor der das Kabinett Bauer doch bis nach Stuttgart ausgewichen ist. Nein, Kapp wäre beim ersten Auftreten erledigt gewesen, wenn nicht die Söhne des Kabinets Bauer gewesen wären, die etwas laxe Moral, die im Falle Grabenatz auftrat, das absolutistische Regime einer Partei hätten, die sich wohl auf parlamentarische Antikörperherrschaft vertreten, nicht aber darauf, dem Volk das zu geben, was ihm am notwendigsten ist: Brot, Freiheit und Ordnung. Wenn die Regierung Bauer und mit ihr die bündesstaatlichen Minister aus den langen Stunden, die sie erleben mussten, die Lehre ziehen, daß die Rechte des Absolutismus, abschafft, wobei er kommt, in Deutschland vorbei sind, dann ist sie etwas gewonnen. Die Veränderung der Wohlen auf Nationalversammlung war ein schwerer Fehler, noch schlimmer war die Art, wie man die Rechte des Volkes in der Frage der Präsidentenwahl zu beklagen suchte. Das kann kein Befürwortender bestreiten. Baldige Neuwahlen verlangt sogar ein Mann wie der General Greener, der als einer der ersten sich hinter die November-Revolution gestellt hat und durch sein gutes Wirken nicht wenige dazu beitragen, ihre Stellung zu festigen. Auch Hindenburg erkennt die Notwendigkeit nach Neuwahlen als berechtigt an. Es wäre uns viel erwartet, wenn die Regierung Bauer sich nicht in beklagter Weise bestätigt. Sie kann nicht auf die Meinung Greener aufmerksam werden, die die Präsidentenwahl bestreitet.

Im vorigen Jahre hat die Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet, die als vornehmstes Palladium der neuen Volksfreiheit die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk und den Volksentscheid bei wichtigen politischen Fragen enthielt. Entweder ist man nun so demokratisch, wie man es zu sein behauptet, dann hält man diese beiden Rechte als unantastbares Heiligum hoch — oder man ist es nicht und sucht die Freiheiten einzufangen und auszuholen, dann soll man aber nicht das Wort "Demokratie", an das doch manche glauben, unterm Mund führen. Wenn aber dieselbe Körperschaft, die die Präsidentenwahl erkennen überzeugt, den Beruf unternimmt, sie ihm wieder zu entziehen, dann beleidigt sie damit das sehr kleine Reichsverständnis, das der berühmte Mann auf den Reichsversammlungen, das der berühmte Mann auf den